

Niederschrift
der Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Tag: 03.06.2015

Ort:

Beginn: 17:30 Uhr

Ende: 18:45 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende/r

Harke, Corina ,

Fraktion CDU

Günzler, Heidrun ,

Fraktion DIE LINKE.

Fuchs, Sarah Carolina ,
Körber, Jana ,

Fraktion SPD

Klemm, Virginie ,

stimmberechtigte Mitglieder

Bolle, Ines ,
Engelhardt, Stefan ,
Faßnacht, Joachim ,
Unger, Yvonne ,

Vertreter

Kästner, Heidemarie ,Vertretung für Frau
Rebekka Höfer
Märten, Kristin ,Vertretung für Frau Anita
Vogel
Scheidemantel, Susann ,Vertretung für
Herrn Frank Albrecht
Vent, Maria ,Vertretung für Herrn Tristan
Bode

Abwesend:

Fraktion CDU

Bode, Tristan ,

Fraktion SPD

Stadelmann, Bernhard ,

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Höfer, Rebekka ,

stimmberechtigte Mitglieder

Albrecht, Frank ,
Schumann, Ralf ,
Vogel, Anita ,

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Begrüßung und Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Bestätigung der Niederschrift vom 22.04.2015
- 3 DS 095/2015 - Beratung und Beschlussfassung zur Satzung über die Förderung in Kindertagespflege
- 4 DS 058/2015 - Beratung und Beschlussfassung zum Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention
Gäste: Frau Ute Böhnki (Behinderten- und Seniorenbeauftragte der Stadt Weimar) sowie 1 Mitglied des Behindertenbeirates
- 5 DS 072/2015 - Antrag - Überarbeitung KITA-FRL- Gebührentabelle
- 6 Informationen
- 7 Sonstiges

Öffentlicher Teil

zu TOP 1 **Begrüßung und Bestätigung der Tagesordnung**

Frau Harke fragt nach Anmerkungen, Hinweisen und Änderungswünschen zur Tagesordnung.

Die Jugendhilfeausschussvorsitzende lässt abstimmen:

<u>Beschluss:</u>	Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Tagesordnung in der vorliegenden Form.		
<u>Abstimmungsergebnis:</u>	Ja-Stimmen	Enthaltungen	Nein-Stimmen
	12	0	0

zu TOP 2 **Bestätigung der Niederschrift vom 22.04.2015**

Frau Harke fragt nach Anmerkungen, Hinweisen und Änderungswünschen zur Niederschrift vom 22.04.2015.

Die Jugendhilfeausschussvorsitzende lässt abstimmen:

<u>Beschluss:</u>	Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Niederschrift vom 22.04.2015.		
<u>Abstimmungsergebnis:</u>	Ja-Stimmen	Enthaltungen	Nein-Stimmen
	11	1	0

zu TOP 3 **DS 095/2015 - Beratung und Beschlussfassung zur Satzung über die Förderung in Kindertagespflege**

Frau Harke begrüßt die Tagesmütter.

Frau Harke fasst zusammen, dass die vorliegende Satzung das Ergebnis eines sehr intensiven Prozesses, zu dem auch die Tagesmütter mehrfach eingeladen wurden, ist. Die wichtigsten Punkte aus ihrer Sicht sind, dass die Tagesmütter pro Kind und Monat 30 Euro mehr erhalten. Darüber hinaus werden Ausfalltage vergütet und es können mehr als fünf Betreuungsverträge abgeschlossen werden.

17.35 Uhr, Frau Fuchs nimmt an der Sitzung teil, es sind 13 stimmberechtigte Mitglieder anwesend.

Frau Harke führt aus, dass die Satzung ein Kompromiss ist und vom Unterausschuss Kindertageseinrichtungen und Tagespflege empfohlen wurde.

Die Jugendhilfeausschussvorsitzende lässt abstimmen:

<u>Beschluss:</u>	Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Stadtrat, die Satzung über die Förderung in Kindertagespflege zu beschließen.		
<u>Abstimmungsergebnis:</u>	Ja-Stimmen	Enthaltungen	Nein-Stimmen
	13	0	0

zu TOP 4 DS 058/2015 - Beratung und Beschlussfassung zum Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention
Gäste: Frau Ute Böhnki (Behinderten- und Seniorenbeauftragte der Stadt Weimar) sowie 1 Mitglied des Behindertenbeirates

Frau Böhnki appelliert insbesondere an die Stadträte, dem kommunalen Aktionsplan zuzustimmen. Sie geht davon aus, dass es im Jugendhilfeausschuss nicht notwendig ist, das Thema in vollem Umfang zu vertiefen. Sie verweist darauf, dass der Entwurf lange im Internet stand. Sie verweist auf Pläne, die das Land und der Bund erstellt haben. Die Kommune wurde durch den Stadtrat beauftragt, einen Aktionsplan zu erstellen. Frau Böhnki skizziert die enthaltenen Themen und beschreibt das Beteiligungsverfahren. Nach dem Ämterumlauf wurde der Plan noch einmal diskutiert und wird jetzt in den Ausschüssen behandelt. Frau Böhnki verweist auf die Wichtigkeit des Themas Inklusion und darauf, dass es kein einfaches Thema ist. Der Plan soll als Hilfs- und Handlungsinstrument Orientierung geben.

Frau Böhnki macht deutlich, dass die Kommune verpflichtet ist, Teilhabe zu gewährleisten. Teilhabe nicht zu gewährleisten kann zu Klagen führen (Verhinderung selbstständiger Lebensweise) und damit Kosten verursachen. Wichtig ist, dass niemand ausgeschlossen ist. Abschließend verweist Frau Böhnki darauf, dass die Umsetzung des Aktionsplanes auch finanzielle Mittel binden wird.

Frau Böhnki bittet um das Votum des Jugendhilfeausschusses.

Herr Kleine ergänzt, dass das Thema Inklusion auch im Kita-Bereich eine Rolle spielt. Der Aktionsplan der Stadt Weimar ist ein Leitfaden und als solcher relativ abstrakt. Entscheidend werden konkret Aktionen sein.

Frau Kießling verweist darauf, dass sich die Stadt mit der Erstellung des Planes schwer getan hat. Sie hofft darauf, dass die Umsetzung besser gelingen wird. Es kommt jetzt darauf an, konkrete Handlungsschritte zu benennen.

Die Jugendhilfeausschussvorsitzende lässt abstimmen:

Beschluss:	Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Stadtrat, den Aktionsplan der Stadt Weimar zur Umsetzung der UN-Behindertenkonvention zu beschließen.		
Abstimmungsergebnis:	Ja-Stimmen	Enthaltungen	Nein-Stimmen
	13	0	0

zu TOP 5 DS 072/2015 - Antrag - Überarbeitung KITA-FRL- Gebührentabelle

Frau Harke begründet den Antrag. Die Gebührentabelle, die Bestandteil der Förderrichtlinie ist, ist zu überarbeiten. Es geht den antragstellenden Fraktionen darum, das Thema voranzubringen. Das Beratungs- und Befassungsrecht des Jugendhilfeausschusses wird dadurch nicht tangiert. Es geht vielmehr darum; das Thema endlich anzufassen.

Herr Kleine führt aus, dass die Evaluierung der Kita-Förderrichtlinie bis Mitte des Jahres vorgenommen werden sollte. Die Verwaltung will ein Eckpunktepapier erarbeiten und in den Unterausschuss Kindertageseinrichtungen und Tagespflege einbringen. Er macht darauf aufmerksam, dass es mit Blick auf die laufenden Tarifverhandlungen schwer abzuschätzen ist, wie diese sich auswirken werden. Das Thema muss im Gesamtzusammenhang gesehen werden und sicher muss auch wieder über das beitragsfreie Kita-Jahr gesprochen werden. Er macht auch darauf aufmerksam, dass der Einkommensbegriff geklärt werden muss.

Frau Hollnack macht darauf aufmerksam, dass es eine Datengrundlage geben muss.

Herr Faßnacht fragt, wie er Punkt drei und vier verstehen soll.

Frau Harke erläutert, dass es darum geht, dass sich die Stadt nicht bereichert, auf der anderen Seite soll es nicht zu einer Reduzierung der Einnahmen kommen.

Herr Kleine betont, dass es nicht um die Steigerung von Einnahmen geht, allerdings müssen die Auswirkungen für die Stadt im Blick behalten werden.

Herr Hottenrott möchte wissen, was sich an der Gebührentabelle ändern soll, da die Löhne der Erzieherinnen zu 100 % vom Land übernommen werden. Er macht darauf aufmerksam, dass man die Förderrichtlinie realistisch nicht vor dem 01.01.2016 verabschieden wird. Herr Kleine antwortet, dass die Löhne nicht zu 100 % übernommen werden.

Frau Harke stellt Herrn Kleine als neuen Sozialdezernenten vor. Herr Kleine bedankt sich für das Vertrauen und hofft auf eine weiterhin gute Zusammenarbeit.

zu TOP 6 Informationen

Herr Kleine informiert über den Haushalt: Der Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Kommunalservice muss überarbeitet werden. Davon hängt ab, ob die Haushaltssatzung überarbeitet werden muss. Damit können Gelder (beispielsweise der kleinen Förderrichtlinie) nicht ausgereicht werden. Er hofft, dass der Haushalt im August genehmigt ist. Im nächsten Jugendhilfeausschuss muss die Haushaltsvoranmeldung für die Jahre 2016 und 2017 behandelt werden.

Herr Thauer informiert, dass Frau Bauer zum 01.09.2015 als Amtsleiterin des Familienamtes beginnen wird.

Herr Kleine informiert zum Stand des Gutachtens. Dazu wird es im nächsten Jugendhilfeausschuss einen extra Tagesordnungspunkt geben. Es soll vermieden werden, dass die Unterausschüsse und die Verwaltung parallel am Gutachten arbeiten. Dazu soll es eine Abstimmung geben. Als Beispiel führt er die Empfehlung des Gutachtens zur Erziehungsberatungsstelle an. Das wurde bereits intensiv besprochen, hier wird kein Handlungsbedarf gesehen.

Herr Kleine erläutert Punkte, die bereits erledigt sind: Umsetzung von Frau Dyroff ins Gesundheitsamt, Besetzung der Amtsleitung, Aufgaben im Sekretariat neu- bzw. umorganisiert, Besetzung Teamleiterstelle im Haushaltsbereich, Besetzung der Controllingstelle.

Frau Kästner weist darauf hin, dass im Gutachten empfohlen wurde, mehrere Stellen zu schaffen. Durch die angespannte Haushaltslage wird es nicht dazu kommen. Sie fragt, wie die Qualität der Arbeit sichergestellt werden kann.

Herr Kleine antwortet, dass auf dem Gebiet eine ganze Menge passiert, darauf wird er eingehen, wenn der Punkt im nächsten Jugendhilfeausschuss behandelt wird.

Herr Faßnacht ergänzt, dass im Jugendhilfeausschuss und in der Verwaltung die Empfehlungen des Gutachtens bearbeitet werden. Der Unterausschuss Hilfen zur Erziehung hat dazu gut gearbeitet. Die Sitzungen des Unterausschusses haben dazu beigetragen, das Arbeitsfeld zu erhellen. Maßnahmen und Leistungen werden betrachtet. Ziel der Arbeit des Unterausschusses ist es, einen qualifizierten Teilfachplan Hilfen zur Erziehung zu erarbeiten.

Herr Kleine informiert über die Absicht, eine Präventionskette zu installieren. Daran beteiligt sein sollen das Sport- und Schulverwaltungsamt, das Familienamt und das Gesundheitsamt. Es gilt starre Grenzen und Ämterstrukturen zu überwinden. Herr Kleine hofft, dass das Land die Maßnahme ab 01.07.2015 fördert. Ursprünglich war vorgesehen, dass Herr Kolling auf Grund seiner Erfahrung die Stelle einnimmt. Derzeit ist er erkrankt. Es geht darum, Prävention zu stärken und positive Grundlagen für Kinder aus benachteiligten Familien zu schaffen. Frau Dr. Bán wird die Drucksache per Mail versenden.

18.30 Uhr, Frau Günzler verlässt die Sitzung, es sind 12 stimmberechtigte Mitglieder anwesend.

Herr Kleine informiert darüber, dass im Rahmen der Diskussion um die Kita-Förderrichtlinie das Thema Servicepauschale eine Rolle spielen wird. Es gilt zu definieren, was man in den Essenspreis aufnehmen kann. Die Personalkosten sind zu integrieren, Betriebs- und Ener-

giekosten werden eine untergeordnete Rolle einnehmen. Das Thema Servicepauschale soll erledigt werden. Darüber hinaus muss geschaut werden, was mit den 0,35 € geschieht, die die Stadt pro Essen dazugibt.

Auf Nachfrage von Herrn Kleine antwortet Frau Unger, dass eine Einrichtung dem Vorschlag des Trägers gefolgt ist. In zwei Einrichtungen wird der Vorschlag noch geprüft.

Herr Kleine bittet um Rückmeldung, wenn Ergebnisse vorliegen.

Frau Klemm fragt nach der Antwort vom Ministerium.

Frau Harke erklärt, dass das Schreiben nur an die Träger gegangen ist. Eine Servicepauschale darf nicht erhoben werden, bestimmte Leistungen können jedoch in den Preis einkalkuliert werden.

Herr Hottenrott erläutert, dass die Essenskosten bis zu 25 Prozent des Elternbeitrages ausmachen.

Frau Unger informiert, dass die Baumaßnahmen in den Kitas Fröbel und Zetkin angelaufen sind. In den Ausweichquartieren wird die Situation durch die Eltern und das Personal zufriedenstellend eingeschätzt.

zu TOP 7 Sonstiges

Keine Wortbeiträge

Ende der Sitzung: 18.45 Uhr

Protokoll: Ralf Ermisch